

Institut für beratende Sozial- und Wirtschaftswissenschaften - Gerhard Weisser-Institut - e.V.

Was hält unsere Gesellschaft zusammen? – Fragen und Themen - Überlegungen zur künftigen Arbeit des Gerhard Weisser Instituts

Arbeitspapier für die interne Diskussion

Dieter Rehfeld

Inhalt

1. Worum geht es? Problemstellung und Zielsetzung
2. Ausgangspunkte – Die Rolle des Weisser Instituts
3. Ein erster Blick auf den wissenschaftlichen Diskurs
4. Die Frage nach einer normativen Grundlage
5. Was gefährdet gesellschaftlichen Zusammenhalt?
 - 5.1. Eine erste Annäherung
 - 5.2. Soziale Ungleichheit und das Gefühl der Benachteiligung
 - 5.3. Kapitalismus und Demokratie – Ein anhaltendes Spannungsverhältnis
 - 5.4. Erosion der politischen Kultur
6. Demokratie und gesellschaftlicher Zusammenhalt – Herausforderungen und Handlungsfelder
 - 6.1. Die Rolle von Institutionen zur Sicherung der Demokratie
 - 6.2. Der Ausbau partizipativer Elemente bzw. umfassender Beteiligungsstrukturen
 - 6.3. Selbstorganisation und Genossenschaften
7. Felder gesellschaftlicher Integration
 - 7.1. Die gesellschaftliche Integrationskraft von Arbeit
 - 7.2. Strategische Sozialpolitik
 - 7.3. Soziale Nahbeziehungen
8. Anmerkungen aus unseren Diskussionen
9. Mögliche Themenfelder

1. Worum geht es? Problemstellung und Zielsetzung

Gesellschaftlicher Zusammenhalt gehört zu den sozialwissenschaftlichen Kernthemen, war immer wieder auf der Diskurs- und Forschungsagenda. So stand die Frage nach dem gesellschaftlichem „Kitt“ um 1930 im Mittelpunkt der Arbeiten des Frankfurter Instituts für Sozialforschung. Adorno etwa plädierte damals dafür, die Warenform bzw. den Konsum als Schlüssel zur Beantwortung dieser Frage zu nehmen (Martynekowicz 2022: 170ff). Seinerzeit, sicher etwas zugespitzt, war es das Erstaunen, dass zusammenhielt was eigentlich nicht bestehen konnte, es war gleichzeitig noch die (kurze) Hoffnung, dass nach dem Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaft etwas Neues, Positives entstehen könnte.

Wenn wir uns heute mit der Frage nach dem gesellschaftlichen Zusammenhalt beschäftigen, dann ist es eher die Sorge, dass etwas verloren geht, was wir wertschätzen: die solidarische sozio-kulturelle Grundlage für gemeinsames demokratisches Handeln. Damit wird deutlich, dass die Frage nach dem gesellschaftlichen Zusammenhalt eng mit Fragen wie zum Beispiel der nach der Zukunft der Demokratie, nach der Bedeutung und Ausprägung von Solidarität, im europäischen Kontext etwa nach der „social and regional cohesion“ verbunden ist. Ein breites Feld also, dass es im Folgenden für die Arbeit des Weisser-Instituts einzugrenzen und zu konkretisieren gilt.

Dazu dienen die folgenden Überlegungen, die zunächst auf die interne Diskussion abzielen, gerne aber auch Impulse, Kritiken und Anregungen, von außerhalb des Instituts aufnehmen. Sie basieren auf einem angesichts der Breite des Themas ohne Zweifel selektiven Blick auf den Stand der Forschung, auf Ergebnissen, die sich aus den jüngsten Veranstaltungen des Instituts ziehen lassen, sowie aus verschiedenen Diskussionen über die ersten Fassungen dieses Papiers.

2. Ausgangspunkte – Die Rolle des Weisser Instituts

Mit der Frage „Was hält unsere Gesellschaft zusammen?“ greifen wir als Weisser Institut Ergebnisse auf, die sich als Fazit unserer Beiträge zum 50jährigen Jubiläum des Instituts (Romahn & Rehfeld 2015) ergeben haben. Als Schlüsselfrage einer neuen Gesellschaftspolitik wurde dort formuliert: „Inwieweit kann vor dem Hintergrund langfristiger und anhaltender Individualisierung und Fragmentierung - ... - eine soziale und kollektive Basis für solidarisches Handeln noch vorausgesetzt oder wiederhergestellt werden?“ (Rehfeld 2015: 547).

Weiterhin beinhaltet das, dass wir der Überzeugung sind, aus dieser Tradition heraus einen wesentlichen Beitrag zu der wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Debatte über dieses Thema leisten zu können.

Ein solcher Beitrag des Weisser-Instituts charakterisiert sich durch ein **Verständnis einer normativen Gesellschaftswissenschaft, das einen dezidiert gesellschaftspolitischen Bezugspunkt aufweist und das von hier aus gesellschaftliche Entwicklungen nicht nur analysiert, sondern diese auch immer in praktischer Absicht kommentiert.**

Der **normative Ansatz** basiert auf Gerhard Weissers Konzepten wie Lebenslagen oder Grundanliegen und auf komplementären internationalen Ansätzen wie vor allem dem Capability Approach von Sen und Nussbaum.

Der **gesellschaftspolitische Bezug** basiert auf dem Verständnis einer interdisziplinären Zusammenarbeit und einem partizipativen politischen Gestaltungsverständnis, das Menschen nicht nur als Untersuchungsobjekte und/oder Adressaten von Transfer, sondern als verantwortlich handelnde Personen betrachtet. Dies ist eng mit der Frage nach der Zukunft der Demokratie verknüpft.

Die **praktische Absicht** drückt sich in Diskursen zwischen Wissenschaft und Praxis aus, die für unsere Veranstaltungen

grundlegend sind, wie auch im praktischen Bezug unserer Veröffentlichungen.

Uns interessiert nicht die Frage nach einer Theorie gesellschaftlichen Zusammenhalts an sich, sondern in der Tradition von Forschungen mittlerer Reichweite fragen wir nach gesellschaftlichem Zusammenhalt in demokratischen Wohlfahrtsstaaten auf kapitalistischer wirtschaftlicher Basis in Europa zu Beginn des 21. Jahrhunderts, wobei wir in unseren Diskussionen den Schwerpunkt auf die Situation in Deutschland legen, diese aber eben nicht isoliert betrachten.

Grundlegend ist dabei die Annahme, dass vor dem Hintergrund tiefgreifender Krisen, gesellschaftlicher Zusammenhalt die zentrale Voraussetzung für eine gesellschaftspolitisch fundierte, demokratische Gestaltung der mit diesen Krisen verbundenen Herausforderungen an eine soziale, wirtschaftliche und ökologische Transformation darstellt.

Bevor auf die normativen Grundlagen weiter eingegangen wird, erscheint es sinnvoll, zunächst „gesellschaftlichen Zusammenhalt“ mit Bezug auf den wissenschaftlichen Diskurs zu reflektieren.

3. Ein erster Blick auf den wissenschaftlichen Diskurs

Bei der Frage, was Gesellschaft zusammenhält, handelt es sich um eine der zentralen gesellschaftswissenschaftlichen Fragen, und es wäre vermessen, mit den begrenzten Ressourcen des Gerhard Weisser Instituts diese abschließend beantworten zu können. Die weiteren Überlegungen zielen daher darauf ab, auszuloten, welchen Beitrag wir zu dieser Diskussion mit unseren personellen und finanziellen Ressourcen leisten können. Hierzu findet sich im Anhang auch eine Zusammenstellung unserer Aktivitäten in den vergangenen Jahren.

Zu beachten ist dabei, dass die Frage nach dem gesellschaftlichen Zusammenhalt mittlerweile auf der politischen und wissenschaftlichen Tagesordnung weit oben steht. Davon zeugen nicht zuletzt zwei in jüngster Zeit gegründete Forschungsinstitute: Das 2020 gegründete dezentrale Forschungsinstitut gesellschaftlicher Zusammenhalt, das Forschungscluster zu den Themen Theorien, Politiken und Kulturen des Zusammenhalts, Strukturen, Räume und Milieus des Zusammenhalts und historische, globale und regionale Varianz des Zusammenhalts bearbeitet (<https://www.fgz-risc.de/>), sowie das 2021 gegründete Institut für Interdisziplinäre Sozialpolitikforschung (DIFIS), das zu den Zukunftsthemen der Sozialpolitik forschen und den Transfer zwischen Wissenschaft und Praxis fördern soll sowie die inhaltliche Vernetzung und Koordinierung des seit 2016 bestehenden Fördernetzwerks Interdisziplinäre Sozialpolitikforschung (FIS) übernommen hat (<https://www.difis.org>).

Gesellschaftlicher Zusammenhalt ist zunächst ein diffuser Begriff. Er ist sehr unterschiedlich interpretierbar und eignet sich daher für oberflächlich breit anerkannte Diagnosen und Strategien. So kann gesellschaftlicher Zusammenhalt sowohl als Voraussetzung für gemeinsames gesellschaftliches Handeln gerade in Zeiten umfassender Transformation dienen, er kann ebenso als Abwehrbegriff gegen gesellschaftliche Veränderungen dienen. Derartig diffuse Begriffe sind weit verbreitet, wenn wir etwa an soziale Innovation, Cluster oder Haltung denken. Es ist dennoch möglich und notwendig, diesen Begriff analytisch zu nutzen und entsprechend zu operationalisieren, wie es in dem Forschungsnetzwerk „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ erfolgt ist.

Forst (2020: 45) verweist zunächst auf die Definition, die in den Studien der Bertelsmann-Stiftung (2020) zum Thema gesellschaftlicher Zusammenhalt zu finden ist, und die hebt auf drei Kernbereiche ab: auf

„enge soziale Beziehungen, intensive emotionale Verbundenheit und eine ausgeprägte Gemeinwohlorientierung.“ Im Unterschied zu dieser Definition geht die des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ), „die ich (d.h. hier Forst, D.R.) hier (als Mitglied des Instituts) vertrete, von fünf Ebenen des Begriffs aus: 1) individuelle beziehungsweise kollektive Haltungen oder Einstellungen zu sich selbst und anderen; 2) individuelle und kollektive Handlungen und Praktiken; 3) die Intensität und Reichweite sozialer Beziehungen und Netzwerke; 4) systemische, institutionelle Zusammenhänge der Kooperation und Integration und schließlich 5) die Diskurse in einer Gesellschaft über ihren Zusammenhalt.“

Der Anspruch ist ambitioniert, insbesondere wenn er sich auch noch auf die oben genannte breite gesellschaftliche Perspektive bezieht, und es lässt sich darüber streiten, inwieweit eine allgemeine Theorie gesellschaftlichen Zusammenhalts sinnvoll ist, die sich auf so unterschiedliche gesellschaftliche soziale Einheiten wie Mafia, Sportvereine, religiöse Gemeinschaften oder den Staat bezieht.

Um "Gesellschaftlichen Zusammenhalt" praktisch nutzbar aber auch analytisch fruchtbar zu machen (etwa, um zwischen gesellschaftlichem Wandel und gesellschaftlichen Zerfallstendenzen unterscheiden zu können, Neckel 2021: 647), benötigen wir unserer Ansicht nach Konkretisierungen. Erstens in räumlich/zeitlicher Hinsicht: hier konzentrieren wir uns wie oben gesagt auf europäische Wohlfahrtsstaaten Anfang des 21. Jahrhunderts mit Schwerpunkt auf die deutsche Diskussion. Zweitens wird ein normativer Bezugspunkt benötigt. Ohne diesen liefe eine praktische Absicht in die unverbindliche Leere (Butterwege 2020: 104), ein Aspekt, auf den im Folgenden noch einmal einzugehen ist.

4. Die Frage nach einer normativen Grundlage

Der normative Bezugspunkt wird mit unterschiedlichen Fragestellungen thematisiert. Die Diskussion um die Wurzeln der europäischen Wertbasis bildet einen Strang. Weit verbreitet ist die These, dass die Wurzeln Europas als christliche Synthese aus griechischer Tradition (Demokratie und Wissenschaft), römischer Tradition (Rechtsstaat und Verwaltung) sowie jüdischer Tradition (Individuum und moralische Postulate) zu verstehen ist (so etwa in kritischer Absicht Hénaff 2017).

Sander (2022, 2023 für eine Zusammenfassung seiner Argumentation) hat jüngst diese Trias aufgegriffen und argumentiert, dass in den vergangenen Dekaden – um im Bild zu bleiben – Athen und Rom im Zeichen der Säkularisierung am Bedeutung gewonnen haben, Jerusalem, als die christliche Komponente immer weiter zurückgedrängt wurde, womit die gemeinschaftliche oder solidarische Grundlage Europas an Kraft verloren habe und der Autor daher – so der Untertitel seines Buches – für „Die Erneuerung Europas aus dem Geiste des Christentums“ plädiert.

Es kann sicher darüber diskutiert werden, inwieweit das Christentum eine tragfähige kulturelle Basis wieder herstellen kann, oder warum nicht auch die Werte der Aufklärung die Suche nach einer solidarischen Grundlage mit Substanz füllen können (vgl. Julke 2022). Auch ist der Hinweis wichtig, dass es sinnvoll sei, wenn dieser Bezugspunkt gewählt werden sollte, sich auf Religion generell, nicht nur auf das Christentum zu beziehen (siehe auch Rosa 2022). Skepsis bleibt angebracht, da Religionen immer auch exklusiv und ausgrenzend gewirkt haben, zumindest das organisierte Christentum durch anhaltende Skandale zunehmend diskreditiert ist.

Dennoch trifft Sanders Diagnose des Verlusts einen Grundgedanken, der sich immer wieder in der Diskussion um die Wertbasis

gesellschaftlichen Zusammenhalts findet. In diesem Zusammenhang wird oft auf eine Überlegung von Böckenförde zurückgegriffen: „Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann“ (Böckenförde 1991: 112).

Die Antwort auf dieses Problem besteht häufig darin, dass der Verlust einer substanziellen sozialen Wertbasis durch ein gesellschaftlich anerkanntes Verfahren kompensiert werden muss. Habermas (2022) hat diese Argumentation jüngst noch einmal zusammengefasst, wenn er schreibt, dass mit der Säkularisierung eine Legitimationslücke entsteht, mit der Konsequenz, dass sich das demokratische System aus sich heraus selbst legitimieren muss „und zwar durch die Legitimität erzeugende Kraft des rechtlich institutionalisierten Verfahrens der demokratischen Willensbildung“ (20f). „Denn je heterogener die sozialen Lebenslagen, die kulturellen Lebensformen und die individuellen Lebensstile einer Gesellschaft sind, desto mehr muss das Fehlen eines a fortiori bestehenden Hintergrundkonsenses durch die Gemeinsamkeit der öffentlichen Meinungs- und Willensbildung wettgemacht werden“ (ebd. 19).

Ähnlich argumentiert Rosa (2019) wenn er davon ausgeht, dass Gemeinwohl nur prozesshaft, also politisch zu ermitteln ist. „Das Gemeinwohl wird dann verfolgt und dort verwirklicht, wo es einem politischen Gemeinwesen gelingt, Resonanzbeziehungen, oder genauer: Resonanzachsen, erstens, zwischen seinen Mitgliedern, zweitens, zu den geteilten Institutionen und Praktiken der kollektiven Lebenswelt und drittens, zur Vergangenheit und Zukunft zu etablieren“ (163). Das soziale Band ergibt sich nach Rosa nicht aus einer vorgegebenen Substanz, sondern durch ein bestimmtes Verhältnis der Menschen zueinander, oder, anknüpfend an Hanna Arendt, durch eine aus dem politischen Zusammenhandeln hervorgehende geteilte Welt (168).

Legitimation durch Verfahren beruht allerdings auch auf Voraussetzungen, diese sehen bei Habermas folgendermaßen aus (2022: 30ff):

- ✓ Liberale politische Kultur, in der sich Bürger wechselseitig als Mitbürger und gleichberechtigte demokratische Mitgesetzgeber anerkennen
- ✓ Ein Maß an sozialer Gleichheit, das Beteiligung ermöglicht
- ✓ Sozialstaatliche Ausbalancierung der gegensätzlichen funktionalen Imperative von Ökonomie und Politik.

Gehen wir von diesen Überlegungen aus, dann ergeben sich hieraus Kernelemente eines normativen Ansatzes, der auch in verschiedener Hinsicht an die Arbeiten von Weisser, oder auch am Capability Approach von Sen und Nußbaum, anknüpft werden kann:

- ✓ Jeder Mensch sollte die Möglichkeit haben, sein Potential so zu entfalten, dass er **selbstbestimmt und aktiv am gesellschaftlichen Leben teilnehmen** kann. Das heißt, den Menschen als soziales Wesen, als Person, nicht als Individuum zu verstehen.
- ✓ Das heißt auch, dass ohne **demokratische Prozesse die** aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ins Leere läuft.
- ✓ Diese Teilnahme versteht Menschen als gesellschaftliches und politisches Wesen, sie hängt von **grundlegenden Rechten wie aber auch von Pflichten** ab. Dabei sollte der Umgang mit der Natur eine zentrale Rolle spielen.
- ✓ Diese **Rechte und Pflichten** bilden einen weiteren normativen Grundstein und lassen sich nach Boltanski (2010) aus dem gesellschaftlichen Selbstverständnis, wie es etwa – im Vertrag von Lissabon oder im Grundgesetz verankert ist, entnehmen, ergänzend auch durch politische Leitgedanken wie das

europäische Konzept der sozialen und regionalen Kohärenz. Der Bezug zu Europa ist auch deshalb zentral, um sich gegenüber an Bedeutung gewinnenden politischen Konzepten des kulturellen Nationalismus als Basis für gesellschaftlichen Zusammenhalt abzugrenzen.

5. Was gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt?

5.1. Eine erste Annäherung

Momentan finden sich in den Medien einmal wieder zunehmend Kommentare zum Thema „German Angst“. Auf unser Thema bezogen: Verlieren wir uns einmal wieder in Untergangsszenarien oder was ist wirklich dran, an der Gefährdung des gesellschaftlichen Zusammenhalts? Letztlich funktioniert unsere Gesellschaft doch, diesen Eindruck kann man haben, wenn man einen Blick auf den „State Fragility Index“ des Center for Systemic Peace wirft (<https://www.systemicpeace.org/inscr/SFImatrix2018c.pdf>). Und überhaupt: In den vergangenen Jahrzehnten fanden wir weltweit einen Trend Richtung Demokratisierung. Global gilt das für die Dekolonialisierung der 1950er und 1960er Jahre, für Europa gilt das für die 1970er Jahre mit dem Ende der südeuropäischen Diktaturen (Portugal, Spanien, Griechenland, Türkei) und für die 1990er Jahre mit der doppelten Transformation der ehemaligen GUS-Mitgliedsstaaten in Ost-, Mittel- und Südeuropa; auch das Ende der lateinamerikanischen Diktaturen in den 1980er Jahren ist zu erwähnen.

Übersehen wir nicht, dass Gesellschaft sich ständig verändert, und laufen wir nicht Gefahr, übliche und auch notwendige Konflikte im Prozess des sozialen Wandels mit Verfallserscheinungen zu verwechseln?

Schauen wir heute auf die Jahre der Pandemie, auf das weitere Vordringen bis hin

zur Regierungsbeteiligung rechtspopulistischer Parteien und auf einen wachsenden kulturellen Nationalismus in zahlreichen europäischen Staaten, auf den Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine und in die immer deutlicher werdenden Verteilungskonflikte im Rahmen der anstehenden ökologischen und industriellen Transformation, so sieht das Bild anders aus.

Eine Vielzahl empirischer Studien, die hier nicht im Einzelnen wiedergegeben werden können- eher das Thema eines eigenen, vergleichenden Berichts sind – schwanken zwischen Alarmismus und vorsichtiger Entwarnung. Deutlich wird aber, dass gesellschaftliche Desintegrationstendenzen nicht (mehr) als regionale Sonderentwicklungen verstehbar sind, sondern weit in die Gesellschaft hineinreichen.

Werfen wir vor diesem Hintergrund einen erneuten Blick auf den Stand der Forschung, lassen sich verschiedenen Argumentationslinien festhalten, wenn es um die Frage geht, was denn nun den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährdet.

5.2. Soziale Ungleichheit und das Gefühl der Benachteiligung

Gesellschaftlicher Zusammenhalt wird durch soziale Ungleichheit gefährdet. Diese Ungleichheit ist in den Armutsberichten des Bundes, der Länder und der Kommunen oder auch in den Berichten von Wohlfahrtsverbänden dokumentiert; international vergleichende Daten liefern die EU, die OECD oder die Weltbank. Ergebnisse der FGZ in Force FGZ-Datenzentrum (2022).

Die Studien zeigen, dass Ungleichheit sich mittlerweile in einem hohen Maße verfestigt hat, mit anderen Worten, dass die gesellschaftliche Dynamik in den vergangenen Dekaden einen Teil der Menschen dauerhaft ausgegrenzt hat, ein Aspekt, der sich etwa in einer (besonders in Deutschland)

Reproduktion von Ungleichheit durch soziale Herkunft, geringe soziale Mobilität oder die Selektionsmechanismen des Bildungssystems ausdrückt (vgl. etwa Jürgens 2018: 442).

Allerdings führt Armut bzw. langfristige Ausgrenzung oder Prekarisierung nicht zwangsläufig zur aktiven Aufkündigung des Zusammenhalts, oft ist Resignation und damit verbundener Rückzug die Konsequenz. Wesentlich ist die subjektive Komponente, also die Wahrnehmung ungerecht behandelt zu werden bzw. unter den gegebenen Bedingungen systematisch benachteiligt zu sein. Dies muss nicht gleich zu Verschwörungstheorien führen, es reicht auch das Gefühl, mangels Internetanschluss von der gesellschaftlichen Entwicklung abgekoppelt zu sein, auf die Versorgung durch Tafeln angewiesen zu sein, als Personengruppe (etwa regional) benachteiligt zu sein usw. Historisch lässt sich zeigen, dass enttäuschte Erwartungen in Verbindung mit Zukunftsängsten im Vorfeld gesellschaftlicher Umbrüche eine wesentliche Rolle spielen.

Das Gefühl einer Benachteiligung verbleibt nicht nur auf der individuellen Ebene, sondern bestätigt und verdichtet sich in sozialen Zusammenhängen. Hierbei spielt insbesondere die räumliche Nähe, also die Nachbarschaft, die lokalen Quartiere oder die Region eine wesentliche Rolle. Gerade weil räumliche Nähe, die dadurch gegebene Möglichkeit der Kommunikation und im Falle des Gelingens auch der aktiven Beteiligung an gesellschaftlichen Prozessen eine zentrale Rolle spielt, ist dieser räumliche Aspekt seit einigen Jahren ein zunehmend beachtetes gesellschaftspolitisches Handlungsfeld geworden.

5.3. Kapitalismus und Demokratie – Ein anhaltendes Spannungsverhältnis

Die Wahrnehmung, benachteiligt zu sein, ist eine Seite, das Gefühl, dass demokratische Politik nicht (mehr) in der Lage ist, die gesellschaftlichen Probleme zu lösen, ist eine

immer häufiger zu hörende Grundstimmung in jüngster Zeit vor allem in Hinblick auf ökologische Herausforderungen.

Einer dieser Diskussionsstränge kreist um den Themenkomplex Kapitalismus, Neoliberalismus, Globalisierung und Demokratie. Dass Kapitalismus und Demokratie nicht zwangsläufig aufeinander angewiesen sind, dass durchaus ein Spannungsverhältnis zwischen Menschenrechten und Bürgerrechten bestehen kann, hat bereits Hayek in Zusammenhang mit seinen legitimierenden Aussagen zu den lateinamerikanischen Diktaturen der 1980er Jahre zum Ausdruck gebracht (siehe jüngst die Auseinandersetzung dazu bei Gentili 2023).

Und die wachsende Bedeutung von Staaten wie China oder Singapur in der Weltwirtschaft hat gezeigt, dass kapitalistische Ökonomien sehr wohl ohne demokratisches politisches System erfolgreich sein können.

Ebenso wenig sind die Analysen neu, die auf systematische Widersprüche oder Spannungsfelder zwischen Kapitalismus und Demokratie verweisen. Diese Widersprüche beziehen sich darauf,

- ✓ dass der Kapitalismus die sozialen und natürlichen Grundlagen der Gesellschaft zerstört (zuletzt Fraser 2023),
- ✓ dass der Wachstumszwang dazu führt, dass Politik der Ökonomie funktional nachgeordnet ist (aktuell etwa in der Diskussion um Postwachstum, in den 1970er Jahre vor allem unter dem Stichwort „Steuerstaat“),
- ✓ dass der Kapitalismus aus seiner eigenen Logik heraus Ungleichheit produziert (in den letzten Jahren vor allem in der Diskussion um die Arbeiten von Piketty, siehe Boushey, DeLong & Steinbaum 2017).

Verschärft werden dies Widersprüche durch eine wachsende Globalisierung (Verschärfung

der Ungleichheit, Auseinanderfallen zwischen politischen und ökonomischen Handlungsräumen), durch eine durch den Neoliberalismus (und durch die Pandemie) verstärkte Individualisierung sowie die manipulativen und desintegrativen Konsequenzen der digitalen Medien.

Von dieser Bestandsaufnahme her ist es konsequent, wenn etwa Peter Bartelheimer in seinem Vortrag feststellt, dass Sozialpolitik immer weniger bewusst gestaltet wird und vom Krisenmanagement bestimmt wird, und wenn nach Staab (2022) „Anpassung“ und nicht mehr individuelle und kollektive Selbstgestaltung zum dominierenden politischen Handlungsmuster wird.

5.4. Erosion der politischen Kultur

Über diese Spannungen hinaus findet sich ein weiterer Diskussionsstrang, der Probleme im politischen Feld in den Mittelpunkt der Analyse stellt. Die Zweifel an der Legitimität des demokratischen Verfahrens werden seit einigen Jahrzehnten vor allem durch populistische Bewegungen mobilisiert. Derartige Prozesse verlaufen schleichend, wenn etwa die Mehrheit durch manipulative Strategien versucht, die Macht zu sichern (Walter 2023). Auch hier muss zunächst ein grobes Nachzeichnen wesentlicher Argumente genügen.

- ✓ Auf die zunehmende Brüchigkeit der gemeinsamen normativen Basis durch Individualisierung und Soziale Medien wurde bereits hingewiesen, eine Entwicklung die ungeachtet zunehmend heterogener Interessenlagen immer wieder zu polarisierenden, populistisch verkürzten Mehrheitsentscheidungen wie etwa beim Brexit führen. Allerdings sollte – so ein Hinweis aus unseren Gesprächen – dass sowohl Individualisierung wie auch Polarisierungen zu kurz greifen, ein

Blick auf die sozio-kulturellen Segmente - etwa wie bei den Sinus-Milieus - weiterführend sein kann.

- ✓ Zunehmend wird auch argumentiert, dass sich Politiker und Politikerinnen zunehmend von der sozialen Basis entfernt haben, kein Verständnis mehr dafür haben, was die Menschen bewegt, ein Aspekt, der, folgen wir der theoretischen Diskussion, letztlich in Plutokratie und Korruption mündet.
- ✓ Auch auf die Auslagerung von politischen Entscheidungen bzw. deren Legitimation an externe, nicht demokratische gewählte Akteure (Gerichte, Handelsabkommen, Beratungsunternehmen, überstaatliche Gremien usw.), was immer häufiger als Sachzwang oder Alternativlosigkeit kommuniziert wird, schränkt den politischen Handlungsspielraum ein.

Die Konsequenz besteht nicht nur in einer wachsenden Kluft zwischen Politik und Gesellschaft, die nur scheinbar zunehmend durch populistische Kampagnen überwunden werden soll, sondern auch in einer realen Begrenzung politischer Handlungsspielräume, die die oben angeführte Wahrnehmung, Politik vernachlässige die eigenen Interessen, in die Wahrnehmung, Politik in dieser Form sei nicht mehr in der Lage, die Herausforderungen zu bewältigen verschieben und damit antidemokratischen Parteien das Tor öffnen. Dieser Aspekt findet sich auch zunehmend in die Diskussion um ökologische Transformation und erkennbar ist ein beginnendes und zunehmendes Auseinanderklaffen zwischen rechtstaatlicher Legalität und einer sich auf ein „höheres Recht“ berufenden Legitimität.

6. Demokratie und gesellschaftlicher Zusammenhalt – Herausforderungen und Handlungsfelder

Sollen die mit dem gesellschaftlichen Zusammenhalt verbundenen Fragen in praktischer Absicht diskutiert werden, dann kann die Bestandsaufnahme nur ein, wenn auch notwendiger Ausgangspunkt sein. Unter dem Aspekt der Handlungsorientierung lassen sich beispielhaft folgende drei Themen festhalten, die es sich lohnt, weiter zu vertiefen bzw. strategisch zu fundieren.

6.1. Die Rolle von Institutionen zur Sicherung der Demokratie

Die Frage nach dem Zustand der Demokratie wird überwiegend unter dem Aspekt von Beteiligung, Partizipation u.ä. diskutiert. Die Frage der Gewaltenteilung als ein zentrales Element heutiger westlicher Demokratien wird dagegen am Rande thematisiert. Allerdings zeigen die aktuellen Konflikte in Israel wie etwa auch die bereits seit Jahren anhaltenden Spannungen zwischen der EU und Polen und Ungarn, dass etwa die Selbstständigkeit der Gerichtsbarkeit bzw. der Versuch, diese politisch unter Kontrolle zu bringen eine der zentralen politischen Konfliktlinien bildet. Die Kontrolle der Medien bildet eine weitere zentrale Zielsetzung von Regierungen auf dem Weg zur Anokratie.

Die Einbindung in überstaatliche Institutionen, sei es die EU, seien es internationale Handelsabkommen bilden eine weitere Grenze für autoritäre Tendenzen. Dabei darf nicht übersehen werden, dass derartige Institutionen nicht nur eine Schutzfunktion haben, sondern sich auch wesentliche Politikfelder selbst dem demokratischen Handeln entziehen (bzw. umgekehrt seitens Politik dazu genutzt werden, Entscheidungen auszulagern), bzw. politische Strategien begrenzen (Beispiel Diskussion um Bundesverfassungsgericht, Oberster Gerichtshof der USA).

Die Rückgewinnung der eigenen Gestaltungsmacht des Politischen stellt daher eine zentrale Gestaltungsvoraussetzung dar, wie es etwa Mazzucato & Collington (2023) jüngst am Beispiel des Einflusses von Consultingunternehmen auf Politik (und auch Wirtschaft) analysiert haben.

6.2. Der Ausbau partizipativer Elemente bzw. umfassender Beteiligungsstrukturen

Dies wird als ein wichtiger Hebel zur Aktivierung demokratischer Strukturen angesehen, letztlich auch als notwendige Voraussetzung, um ein politisches Handeln und Erleben sinnvoll möglich zu machen. Die Rolle von Arbeit als potenzielles Feld zum Erfahren kollektiven Handelns wird weiter unten noch einmal gesondert thematisiert. Auch die lokale und regionale Ebene, die seit den 1980er Jahre in Folge europaweiter Dezentralisierungs- und Regionalisierungsstrategien an Bedeutung gewonnen hat, ist hier keineswegs zu unterschätzen, auch hierauf wird weiter unten noch einmal eingegangen. Hier ist zu berücksichtigen, dass eine derartige „Demokratisierung der Demokratie“ (Manow 2020) durchaus zu Spannungsverhältnissen führt, eine dezentral fundierte Willensbildung aus Sicht zentralstaatlicher Politik als subversiv empfunden werden kann.

6.3. Selbstorganisation und Genossenschaften

Gehen wir wie oben angesprochen davon aus, dass sich das Spannungsverhältnis zwischen kapitalistischer, von einem Wachstumsimperativ getriebener Ökonomie und demokratischer Politik in den kommenden Dekaden möglicherweise eingrenzt (Stichwort qualitatives Wachstum o.ä.), aber nicht grundsätzlich aufgehoben werden kann, dann bildet der verstärkte Ausbau über rein gewinnmaximierende Elemente hinausgehende Zielsetzungen bei ökonomischen Akteuren eine weitere

Handlungsoption. An dieser Stelle geht es dabei nicht allein um die regulierende Ausgestaltung (ökologische Marktwirtschaft als Erweiterung der sozialen Marktwirtschaft) oder um die sozialökologischen Selbstverpflichtungen (CSR) bestehender Unternehmen, sondern um die Weiterentwicklung der seit einigen Jahren wieder verstärkt zu beobachtenden genossenschaftlichen Tätigkeiten. Genossenschaftliche Aktivitäten reichen weit zurück, haben in den vergangenen Dekaden sich häufig an die Imperative des Marktes angepasst und ihren Charakter der Selbstorganisation verloren, haben unter dem Stickwort „shared economy“ eine neue Blüte erfahren, wobei das Spektrum von lokaler Selbstorganisation bis hin zu global agierenden Bewegungen reicht. Zwischen diesen Initiativen gibt es eine Vielzahl von Ansätzen, neue Geschäftsmodelle zur Verbindung von ökonomischen, sozialen und ökologischen Zielen zu erproben und zu stabilisieren, die unter dem missverständlichen Begriff „soziale Innovationen“ ausführlich untersucht wurden, und die es sich lohnt, unter dem Gesichtspunkt gesellschaftlicher Zusammenhalt und Demokratie weiter zu diskutieren.

7. Felder gesellschaftlicher Integration

Eher am Rande der Diskussion um gesellschaftlichen Zusammenhalt wurde bisher die Frage gestellt, wo die Werte, die für solidarisches, verantwortungsbewusstes gesellschaftlichen Handelns gelernt werden. Eine erste Orientierung kann Kronauers (2010) Hinweis auf die drei Dimensionen gesellschaftlicher Interdependenz, dort mit Bezug auf die Inklusionsdebatte, liefern: Arbeit, insbesondere Erwerbsarbeit, politische und soziale Bürger und Bürgerinnenrechte sowie die Einbindung in verlässliche soziale Nahbeziehungen. Auch wenn zu diskutieren ist, warum etwa der Bildungsbereich in dieser Aufzählung fehlt, können wir diese drei

Dimensionen exemplarisch für die Diskussion um gesellschaftlichen Zusammenhalt und darauf bezogenen Handlungsmöglichkeiten nehmen.

7.1. Die gesellschaftliche Integrationskraft von Arbeit

Vor einigen Jahren hat Kerstin Jürgens (2018) wieder auf die Integrationskraft der Arbeit bzw. auf die Frage nach der künftigen Rolle von Erwerbsarbeit hingewiesen. „Damit wird Arbeit in doppelter Hinsicht unterschätzt: zum einen hinsichtlich der desintegrativen Effekte ihrer gegenwärtigen Gestaltung; zum anderen als mögliches soziales Schmiermittel in einem gesellschaftlichen Transformationsprozess“ (Jürgens 2018: 440). Weiterhin merkt sie an, dass Erwerbsarbeit eine sinnstiftende und identitätsbildende Wirkung habe und Menschen über Unterschiede entlang von Milieu, Religion, Bildung o.ä. hinweg in Austausch bringe (ebd. Anm. 3).

Axel Honneth (2023) hat dieses Thema jüngst aufgegriffen und in die ideengeschichtliche Tradition eingeordnet, wobei er zeigt, dass die soziale bzw. politische Bedeutung der Arbeitsteilung eine bis ins 19. Jahrhundert zurückreichende Tradition in der sozialphilosophischen Diskussion hat, in den letzten Dekaden allerdings weitgehend in Vergessenheit geriet. „Die Vernachlässigung dieser gesamten Sphäre (soziale Arbeitswelt, D.R.) ist für eine Theorie umso fataler, weil ihr damit einer der ganz wenigen Hebel aus dem Blick gerät, mit dessen Hilfe der demokratische Rechtsstaat auf seine eigenen Bestandsvoraussetzungen einwirken kann; denn neben der schulischen Erziehung stellt nur noch die gesellschaftliche Arbeitswelt eine institutionelle Sphäre dar, in die die meisten Bürgerinnen und Bürger gemeinsam derart einbezogen sind, dass all das, was dort erlernt und erfahren wird, von entscheidender Bedeutung dafür ist, welche sozialmoralischen Haltungen und Einstellungen im politischen Gemeinwesen vorherrsche“ (Honneth 2023: 10).

Arbeit als gesellschaftliche bezieht sich hierbei auf sozial erforderliche Tätigkeiten, die regelmäßig verrichtet werden, „die in einer Gesellschaft dazu beitragen, die gegebene Lebensform ihren allgemein gewünschten Bestandteilen zu erhalten“ (ebd. 138), geht damit weit über den Bereich der Erwerbsarbeit hinaus.

Gesellschaftliche Arbeit schafft (hier bezieht sich Honneth auf Dahrendorf, ein Hinweis, der sich auch in unseren Diskussionen fand) soziale Ligaturen, weckt Interesse an gesellschaftlichen Zusammenhängen und trägt zu einer Kommunikation bei, in die alle Gesellschaftsmitglieder weitmaschig einbezogen werden (ebd. 300f).

Honneth (91ff) skizziert fünf Facetten oder Dimensionen zur Bewertung der Qualität der Arbeit, wirtschaftliche Unabhängigkeit, ein gewisses Quantum an arbeitsfreier Zeit, Selbstachtung und Selbstgefühl, Einübung in die Praktiken des demokratischen Zusammenwirkens, intellektuelle Dichte der Arbeit. Diese Facetten dienen als Referenzpunkt für politische Maßnahmen, die sowohl Alternativen außerhalb des Arbeitsmarktes wie Genossenschaften bzw. Kooperative oder staatliche Dienstverpflichtungen, kollektiv organisierte Hausarbeit (323ff) einbeziehen wie auch und Alternativen innerhalb des Arbeitsmarktes beziehen, die sich auf Maßnahmen der fünf oben genannten Dimension beziehen (346ff).

In dieser Hinsicht sind auch etwa die Hinweise zur Arbeitsgestaltung einzubeziehen, die Antje Blöcker in ihrem Vortrag zum Thema „Verteilungsfragen in industriellen Transformationsprozessen. Wohin steuert die Arbeits- und Sozialpolitik? im November 2022 in einem Workshop vorgestellt hat, wie auch die Überlegungen von Matthis Knuth (2018), Arbeitsmarktpolitik unter dem Aspekt der Inklusion zu konzipieren, etwa Diskussion um einen sozialen Arbeitsmarkt.

7.2. Strategische Sozialpolitik

Bezogen auf die sozialen und politischen Rechte von Bürger und Bürgerinnen spielt die Frage nach einer künftigen Sozialpolitik eine zentrale Rolle. Die sozialpolitische Diskussion wird seit einigen Jahren von der Transformationsdiskussion überlagert, wobei die Kompensation von durch die ökologische Transformationspolitik bedingte Kosten eine zentrale Rolle einnimmt. Sozialpolitik wird so Peter Bartelheimer (2023) zunehmend von Krisen („desaster“) getrieben, eine langfristige Strategie („design“) ist nicht erkennbar. Übersehen wird dabei, dass Ausgleichsmaßnahmen zwar soziale Sicherungsleistungen entlasten, diese aber keineswegs ersetzen können.

Im Kontext der Transformationsdiskussion wird auch die Diskussion um ein bedingungsloses Grundeinkommen thematisiert. So sieht etwa Jürgen Schupp ebenfalls im Rahmen eines Vortrags (2022) im Klimageld, im Bürgergeld und in der Grundsicherung für Kinder eine schleichende sozialstaatliche Transformation in Richtung Grundeinkommen, wobei die Institutionen der bisherigen Sozialpolitik als Hemmnisse auf dem Weg zu einem für notwendig gehaltenen Paradigmenwechsel gesehen werden.

Peter Bartelheimer (2023) verweist dagegen auf die daraus resultierende Schwäche: dieser Argumentation. Indem die Pfadabhängigkeiten des bestehenden Sozialsystems ignoriert oder als Hemmnisse interpretiert werden, laufen die vorgeschlagenen Maßnahmen wie das bedingungslose Grundeinkommen mangels Anschlussfähigkeit ins Leere.

Übersehen wird weiterhin, dass einkommensabhängige Sozialpolitik eine hohe Akzeptanz aufweist, da sie auf selbst erbrachten gesellschaftlichen Leistungen basiert, also ein Anrecht darstellt. Nicht zuletzt wird mit dem Verweis auf Grundeinkommen die oben angesprochene Integrationsfunktion von Arbeit nicht

berücksichtigt. Um noch einmal Honneth (2023: 303) zu zitieren: „Man glaubt, durch die Entlastung von der Erwerbsarbeit die Bereitschaft zum demokratischen Handeln verstärken zu können, sieht dabei aber nicht, dass ein solches Handeln ein Gefühl gemeinsam geteilter Verantwortungen und Lasten voraussetzt, für das es heute neben der stets gefährlichen Saat des Nationalismus keine andere Quelle gibt als die Einbeziehung in die gesellschaftliche Arbeitsteilung.“

Sozialpolitik bedarf einer eigenständigen Begründung, kann nicht auf die Legitimation bzw. Absicherungen anderer Politikfelder reduziert werden. Sie zielt positiv formuliert darauf ab, Mindestansprüche an eine selbstbestimmte Lebensführung zu sichern, damit Teilhabe am wirtschaftlichen und politischen Leben zu ermöglichen, sie ist in einem weiten Verständnis als soziales Eigentum (Castel 2005: 41) zu verstehen.

Weiterhin ist Sozialpolitik gerade auch in der Tradition des Gerhard Weisser Instituts immer auch in ihrer gesellschaftspolitischen Einbindung zu verstehen. Hierzu gehört auch, wie Rene Böhme (2021) in seinem Vortrag über Soziale Infrastruktur gezeigt hat, die Weiterentwicklung sozialer Infrastruktur mit dem Lebenslagenansatz zu verbinden.

7.3. Soziale Nahbeziehungen

Die direkte Interaktion, das gemeinsame Erleben und Interpretieren sind zentral für die Herausbildung von Zusammenhalt. Von daher kommt hierbei der lokalen bzw. regionalen Ebene eine besondere Bedeutung zu. Hier organisiert sich ungeachtet genereller Trends wie Individualisierung und Globalisierung die Zivilgesellschaft in spontaner Solidarität, etwa in den vergangenen Jahren mit der Aufnahme von Flüchtlingen, ebenso in langfristig organisierten Formen wie freiwilliger Feuerwehr, Sportvereinen, Tafeln, Bürgerinitiativen usw. Dies schließt keineswegs aus, dass gesellschaftlicher

Zusammenhalt immer auch Gefahr läuft, auf spezifische Gruppen beschränkt zu bleiben, damit andere Gruppen ausschließt.

Direkte Interaktion vor Ort ermöglicht die Erfahrungen von kollektivem Handeln, von Solidarität, hängt auch eng mit der oben beschriebenen Diskussion um Partizipation bzw. Ausbau demokratischer Elemente zusammen. In den letzten Jahren ist dies auch zunehmend politischer Programme, wie etwa die Bundesprogramme „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ oder „Demokratie leben!“, die Aufnahme der des Förderschwerpunkts „Sozialer Zusammenhalt“ in das Förderprogramm „Soziale Stadt“ oder die bisher ergebnislose Diskussion um eine Gemeinschaftsaufgabe „Daseinsvorsorge“ (Kersten, Neu & Vogel 2016) zeigen.

Die wissenschaftliche Diskussion weist Bezugspunkte zu dem Thema gesellschaftlicher Zusammenhalt auf, ist aber sehr fragmentiert.

Die Vielzahl und Differenziertheit derartiger in den meisten Fällen lokal oder regional verankerten zivilgesellschaftlichen Aktivitäten wird seit einigen Jahren verstärkt unter dem irreführenden Stichwort „soziale Innovationen“ diskutiert, wobei sich das Interesse zunehmend auf die Frage nach dem lokalen oder regionalen Milieu richtet, das lokale und regionale zivilgesellschaftliche Projekte begünstigt (vgl. z.B. Howaldt u.a. 2016, Terstriep & Rehfeld 2022).

Die Raumordnungspolitische Diskussion weist mit „Gleichwertige Lebensbedingungen“ oder der jüngsten Diskussion um „Räumliche Gerechtigkeit“ auf etablierte, zum Teil verfassungsrechtlich verankerte Konzepte auch. Daneben gerät zunehmend auch das Konzept der „Social oder regional cohesion“ in den Fokus der raumwissenschaftlichen Diskussion, das wiederum grundlegend für die europäische Strukturpolitik ist (vgl. Dirksmeier u.a. 2020).

Die europäische regionale Strukturpolitik ist ähnlich wie die deutsche

Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur allerdings stark wirtschafts- bzw. innovationspolitisch geprägt. Zwar besteht seit einigen Jahren in der europäischen Politik der Anspruch, regionale Strukturpolitik auf die gesellschaftlichen Herausforderungen auszurichten, die sozialpolitische Komponente bleibt dabei – das zeigt sich schon an der Zusammenstellung der Indikatoren (vgl. Lohauß 2019) – eher am Rande. Gewonnen an Bedeutung hat in der regionalen Strukturpolitik vor allem die ökologische Diskussion in Zusammenhang mit der Transformationsdebatte. Diese ist wiederum gerade auch auf der regionalen Ebene – exemplarisch sind die Projekte zur vorausschauenden Strukturpolitik in den Kohleregionen – mit den sozialen Folgen einer derartigen Transformation verbunden.

Allerdings, dies hat Bartelsheimer im Rahmen seines Vortrags im Rahmen unseres Workshops im Mai 2023 ausgeführt, besteht eine Kluft zwischen neuen sozialpolitischen Konzepten und den bisherigen sozialpolitischen Entwicklungspfaden, so dass erstere mangels Anschlussfähigkeit kaum Wirkungskraft aufweisen.

8. Anmerkungen aus unseren Diskussionen

Im Folgenden sind zentrale Aspekte der Diskussionen zusammengestellt werden, die bei der sukzessiven Erstellung dieses Papiers beigetragen haben.

Gunter Schumacher hat sich in seinen Kommentaren mit den Grundlagen für eine demokratische Gesellschaft auseinandergesetzt. Er geht davon aus, „dass die politische Organisationsform „Demokratie“, selbst mit starken partizipativen Elementen und entsprechender Governance-Struktur, nicht ausreicht, einen gesellschaftlichen Zusammenhalt herzustellen.“ Von daher muss „meines Erachtens die normative Fundierung des

angesprochenen Transformationsprozesses ebenfalls in unseren Forschungsblickwinkel kommen.“

Als eine der tiefen Ursachen der derzeitigen Krise gesellschaftlichen Zusammenhalts, sieht er vor allem „den Verlust des internationalen Konsensus im anthropologischen Bereich, also in der Frage „Was ist ein Mensch?“, ein Bruch, der nun seit Jahrzehnten die westliche Welt kennzeichnet. Zum Zeitpunkt der französischen und, später, der UNO-Menschenrechtserklärung, ging man explizit oder implizit vom Menschen als einer „Person“ aus, also als einem Individuum, das die Beziehung zu einem anderen Menschen existenziell braucht. Getrieben von einem übersteigerten Individualismus (der selbst wieder durch verschiedene Faktoren entstanden ist) wird der Mensch von vielen heute nur noch als ein Individuum betrachtet, das (notfalls?) auch alleine zurechtkommen kann (vor allem mit Hilfe der neuen Technologie).“

Weiterhin verweist er auf die Diskussionen um „Antidiskriminierung“, „korrekte Sprache“ oder „Wokeness“ und stellt die Frage, inwieweit angesichts dieser gesellschaftlichen Spannungslinien ein gesellschaftlicher Zusammenhalt begründbar ist, der gerade auch die bei Habermas' Verfassungspatriotismus ausgeklammerte Frage der Emotionalität einbezieht.

Sein Vorschlag für eine nicht-religiöse, säkulare Normativität als Grundlage unserer Diskussion um gesellschaftlichen Zusammenhalt sieht er in „drei „Credos“:

- a) „der Mensch ist eine Person“
- b) Konsens bezüglich der Erhaltung der Umwelt ist notwendig
- c) die politische Zukunft sehen wir in mehr EU.

Eine Vielzahl von Argumenten und Anregungen, die hier nur zusammenfassend wiedergegeben werden, haben sich im Rahmen eines Workshops ergeben.

Teilgenommen haben Maria Rabadjieva, Laura Fee Wloka, Gernot Grumbach, Paul Soemer, Peter Petrak, Ortrud Leßmann, Werner Schönig und Dieter Rehfeld.

Aus Sicht der Politik wurden zunächst drei Aspekte genannt, die für die Frage nach dem gesellschaftlichen Zusammenhalt wesentlich sind:

- ✓ Die abnehmende Wahlbeteiligung, die darauf zurückzuführen ist, dass sich der Selbstausschluss eines Teils der Bevölkerung verfestigt;
- ✓ Die Frage, warum die AfD Zulauf bekommt, wobei auf die Arbeiten von Nachtweih zur nicht repräsentierten Mittelschicht verwiesen wurde;
- ✓ Eine Disparität zwischen politisch Aktiven und Nichtwählern bzw. ein Bruch zwischen Eliten und Gesellschaft, der sich unter anderem in dem Gefühl ausdrückt, dass auf die Herabgeschaut wird, die es nicht geschafft haben.

Davon ausgehend wird in der Diskussion auf verfestigte Milieus hingewiesen: auf die Angst, etwas zu verlieren wie auch auf das Gefühl, absolut abgehängt zu sein. In diesem Zusammenhang wird auch die räumliche Segregation bei Armut thematisiert.

Ein weiteres Thema betraf die Beteiligung. Beteiligung und Demokratie wird als zentrale Grundlage für gesellschaftlichen Zusammenhalt angesehen. Am Beispiel der „Klimakleber“ wurde kritisiert, dass das, was von „unten“ komme, oft scheinheilig abgewertet wird. Beteiligung, so ein weiteres Argument, wird oft an die Menschen aus einer Mittelschichtsperspektive von außen an die Menschen herangetragen, setzt nicht an den Problemen der Leute an. Übereinstimmend bestand die Ansicht, dass Menschen nicht Untersuchungsobjekte, sondern Mitforschende sein sollten.

Der Aspekt der Solidarität wurde ebenfalls thematisiert. Ausgehend auf den Hinweis solidarischen Handelns in Krisenzeiten

(Hochwasser, Flüchtlinge) wurde argumentiert, dass Solidarität nicht nur in Krisenzeiten hervorkommen sollte. Für eine Transformation wird eine Kontinuität im Engagement, dem steht ein zu beobachtende geringe Frustrationstoleranz gegenüber. Verwiesen wurde auch auf die veränderten Grundlagen von Solidarität: diese resultierte früher aus gleichen Lebenslagen, heute resultiert Solidarität aus Einsicht.

In Zusammenhang mit Solidarität wurde auch mit Verweis auf Reckwitz der Aspekt der Singularität aufgegriffen, ein Aspekt, der gerade unter Studierenden groß beachtet wird, wobei es oft in Verbindung mit (fehlender) Fairness gesehen wird. Aber es wurde auch darauf hingewiesen, nicht nur auf das Singuläre zu schauen, sondern auch Milieus, etwa die Sinus-Milieus, zu betrachten.

Die Frage, worauf gemeinsame Werte angesichts wachsender Disparität beruhen, wurde diskutiert. Gefragt wurde nach der „gelebten Wahrheit“, also danach wie Werte vermittelt werden und wo dies geschieht. Werte, so wurde argumentiert, benötigen einen Rahmen, sonst können sie auch orientierungslos bleiben. Bezogen auf die Sozialisation durch das Christentum wurde darauf hingewiesen, dass das Christentum in vieler Hinsicht diskreditiert wurde („Woelki“), und wenn, dann sollte Religion umfassend thematisiert werden.

Die Frage der Transformation bildete einen weiteren Schwerpunkt in der Diskussion. Grundsätzlich wurde darauf hingewiesen, dass Gesellschaft sich ständig ändert, dass zwischen sozialem Wandel und Zerfallerscheinungen unterschieden werden müsse, dass im Großen und Ganzen unsere Gesellschaft ja (noch) funktioniere. Wichtig wäre es, Konflikte so früh zu moderieren, dass sie sich nicht zuspitzen, wobei besonders die Generationenfrage zu berücksichtigen sei.

Bezogen auf den Zusammen mit den Kosten der Transformation wurde argumentiert, dass Transformation nicht Sozialpolitik brauche,

sondern gerechten finanziellen Ausgleich. Für die weitere sozialpolitische Debatte wurde auf Renate Schmidt und auf Aladin El-Mafaalani aus Osnabrück verwiesen. Im Rahmen der Diskussion um Transformation wird es wichtig zu betonen, was kommt, nicht was weg geht,

Für die weitere Entwicklung der Sozialpolitik wurde argumentiert, dass öffentliche Güter eine zentrale Rolle spielen. Wohnungsbau wird z.B. als bessere Alternative zum Wohngeld angesehen. Sozialinvestition sollte dabei nicht als Kompensation verstanden werden. Teilweise wird der Begriff Sozialinvestition aber auch als unglücklich angesehen, sollte, so ein Vorschlag, durch den Begriff des Empowerments ersetzt werden.

9. Mögliche Themenfelder

Eine Positionierung unserer Arbeiten hat die genannten Ergebnisse und andere Aktivitäten zu berücksichtigen. Forschungsstrategisch stehen bei uns nicht eigene empirische Arbeiten im Mittelpunkt, sondern unser Beitrag könnte darin bestehen, den Stand der Forschung aus einer normativ fundierten gesellschaftspolitischen Perspektive zu reflektieren, zentrale Fragestellungen in interdisziplinärer Form zu bündeln und vertiefende Akzente dort zu setzen, wo die Debatte bzw. die Forschungsaktivitäten „Blinde Flecken“ haben.

Von daher wird vorgeschlagen, die Aktivitäten des Instituts auf zunächst auf Themen auszurichten, die in der bisherigen Diskussion eher am Rande stehen und/oder die einen ausgeprägten Handlungsbezug eröffnen können. Auch sollten die Aktivitäten an die bisherigen Erfahrungen und Kompetenzen des Instituts anknüpfen.

Aus diesen Überlegungen ergeben sich fünf Themenfelder, die im Mittelpunkt unserer Aktivitäten in den kommenden Jahren stehen sollten.

Erstens: Das Thema **Haltung** ist insofern von Bedeutung, weil der gesellschaftliche Zusammenhalt von der aktiven Beteiligung lebt. Zwar wird der individuelle Aspekt der Haltung etwa von Forst (2022) für grundlegend gehalten, die Vertiefung dieser Frage ebenso wie die Frage etwa einer sozialen Bürgerschaft (Social Citizenship) als Balance von Rechten und Pflichten bleibt aber in der gesellschaftswissenschaftlichen Diskussion bisher stark vernachlässigt.

Die erste Veranstaltung des Weisser Instituts zum Thema Haltung und die darauf folgenden internen Diskussionen haben gezeigt, dass es sich lohnt, weiter an diesem Thema zu arbeiten. Wesentliche Aspekte sind dabei der normative Bezugspunkt (Grundgesetz? Global Development Goals?), die damit verbundenen Rechte und Pflichten, es lohnt sich wohl auch, noch einmal bei Hanna Arendt (vgl hierzu auch Weißpflug 2019) reinzuschauen.

Zweitens: Mit dem Thema Haltung verbunden ist das Thema „**Zivilgesellschaftliches Engagement**“. Dieses haben wir bereits aufgegriffen, auch in Zusammenhang mit der Diskussion um soziale Innovationen. Der jüngere Diskurs über soziale Innovation verläuft bisher weitgehend außerhalb der gängigen soziologischen Paradigmen.

Insbesondere ist das Verhältnis zwischen zivilgesellschaftlichem Engagement, sozialen Innovation, partizipatorischen Aspekten und sozialpolitischen Kernbereichen keineswegs ausdiskutiert.

Hierbei könnte auch die Diskussion um aus dem zivilgesellschaftlichen Engagement kommende Geschäftsmodelle, die gesellschaftliche, ökologische und ökonomische Ziele neu ausbalancieren, weitergeführt werden. Hier kann an die Erfahrungen im Institut mit der Forschung über **Genossenschaften und sozialen Unternehmen** angeknüpft werden.

Die nächsten drei Themenfelder beziehen sich auf die oben diskutierten Felder gesellschaftlicher Integration.

Drittens: Die **Soziale Infrastruktur** haben wir bereits in einem Workshop diskutiert. Hier wäre es interessant, die seinerzeit angeregte Verknüpfung der Diskussion um soziale Infrastruktur mit dem Lebenslagenansatz weiterzudenken und eventuell anhand konkreter Handlungsfelder (Gesundheit, Bildung) konkreter auszuformulieren.

Sozialpolitik im engeren Sinne bildet sicher den Kern der aktuellen Diskussion um sozialverträgliche Transformation, Bürgergeld, Grundeinkommen usw. Hier können wir aus Erfahrungen aus zwei Workshops. Diese Beiträge gilt es auszuwerten und die Diskussion weiter fortzuführen, wobei ein Schwerpunkt auf eine **präventive Sozialpolitik** gelegt werden sollte, die sich nicht auf den finanziellen Aspekt reduziert und dem mehrdimensionalen Charakter von Armut Rechnung trägt. Letztlich geht es darum, ein **gesellschaftspolitisches Konzept** zu fundieren und weiterzuentwickeln.

Viertens: In diesem Kontext erscheint es auch sinnvoll, die **Bedeutung von Arbeit** für den gesellschaftlichen Zusammenhalt tiefergehend zu thematisieren. Diese Bedeutung ist zwar generell anerkannt, wird aber gerade in der Diskussion etwa um bedingungsloses Grundeinkommen nicht immer ernsthaft berücksichtigt. Hier könnten auch aktuelle Bezüge wie die Frage nach den gesellschaftlichen Folgen des momentanen Trends in Richtung Home-Office hergestellt werden.

Fünftens: Auch ein Blick auf die **räumliche Ebene** ist vertiefendwert. Lebenslagen stellen sich regional sehr unterschiedlich dar. Die raumpolitische Diskussion in Deutschland und Europa hat hier verschiedene Konzepte entwickelt (Kohäsion, gleichwertige Lebensbedingungen, räumliche Gerechtigkeit usw.), ist aber bisher wenig mit der sozial- bzw. gesellschaftspolitischen Debatte verbunden. Ein erster Workshop zu den hiermit verbundenen Fragen ist für September 2023 in Vorbereitung.

Ausgewählte Literatur

Bertelsmann Stiftung 2020: Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland 2020. Eine Herausforderung für uns alle. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsstudie (www.gesellschaftlicher-zusammenhalt.de)

Bieling, Hans-Jürgen 2017: Aufstieg des Rechtspopulismus im heutigen Europa – Umriss einer gesellschaftstheoretischen Erklärung. In: WSI-Mitteilungen Jg. 70: 557 – 565.

Böckenförde, Ernst Wolfgang 1991: Die Entstehung des Staates als Vorgang der Säkularisation. In: Recht, Staat, Freiheit. Studien zur Rechtsphilosophie, Staatstheorie und Verfassungsgeschichte. Suhrkamp. Frankfurt.

Boehm, Omri 2022: Radikaler Universalismus. Jenseits von Identität. Berlin. Propyläen.

Boltanski, Luc (2010): Soziologie und Sozialkritik. Suhrkamp. Berlin.

Boushey, Heather, DeLong, J. Bradford & Steinbaum, Marshall (eds.) 2017: After Piketty. The Agenda for Economics and Inequality. Cambridge/Mass. & London 2017. Harvard University Press.

Butterwege, Christoph 2020: Die zerrissene Republik. Wirtschaftliche, soziale und politische Ungleichheit in Deutschland. Betz Juventa. Weinheim.

Castel, Robert 2005: Die Stärkung des Sozialen. Leben im neuen Wohlfahrtsstaat. Hamburg. Hamburger Edition.

Dirksmeier, Peter u.a. 2020: Räumliche Unterschiede und gesellschaftlicher Zusammenhalt. In: Deitelhoff, N., Groh-Samberg, O. & Middell, M. (Hg.): Gesellschaftlicher Zusammenhalt. Ein interdisziplinärer Dialog. Frankfurt/M. Campus: 273 – 294.

Forst, Rainer 2020: Gesellschaftlicher Zusammenhalt. Zur Analyse eines sperrigen Begriffs. In: Nicole Deitelhoff, Olaf Groh-Samberg, Matthias Middell (Hg.): Gesellschaftlicher Zusammenhalt. Ein interdisziplinärer Dialog. Campus. Frankfurt/Main.

Fraser, Nancy 2023: Der Allesfresser: Wie der Kapitalismus seine Grundlagen verschlingt. Berlin. Suhrkamp.

Gentili, Dario 2022/3: Dictatorship of Choice. In: Electra 19 Winter 2022/23. Dossier „The State of Democracy“: 39 – 48.

Habermas, Jürgen 2022: Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit und die deliberative Politik. Suhrkamp. Berlin.

Hénaff, Marcel 2017: Europas genetischer Code. Griechische, römische, biblische Quellen und das Erbe der Barbaren. In: Lettre International 117: 35 – 40.

Honneth, Axel 2023: Der arbeitende Souverän. Eine normative Theorie der Arbeit. Berlin. Suhrkamp.

Howaldt, Jürgen u.a. 2016: Mapping the World of Social Innovation: A global comparative analysis across sectors and world regions. sfs. Dortmund.

Jürgens, Kerstin 2018: Die gesellschaftliche Integrationskraft von Arbeit. In: WSI-Mitteilungen Jg. 71: 439 - 447

Julke, Ralf 2022: Europäische Identität: Braucht Europa eine christliche Renaissance, um sich selbst wiederzufinden (<https://www.l-iz.de> › Bildung › Bücher).

Kersten, Jens, Neu, Claudia & Vogel, Berthold 2016: Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Daseinsvorgabe. WISO direkt 10/2016. Friedrich Ebert Stiftung.

Knuth, Matthias 2018: Arbeitsmarktpolitik als Inklusionsprojekt? In: WSI-Mitteilungen Jg. 71: 456 – 467.

Kronauer, Martin 2010: Inklusion – Exklusion. Historische und begriffliche Annäherung an die soziale Frage der Gegenwart, in: Kronauer, Martin (Hg.): Inklusion und Weiterbildung. Reflexionen zur gesellschaftlichen Teilhabe in der Gegenwart. Bielefeld. Bertelsmann: 24-58.

Lohauß, Peter 2019: Mind the Gap! Divergenz von Lebensstandards in Europa.
<https://www.metropolis-verlag.de/Mind-the-Gap%21-Divergenz-von-Lebensstandards-in-Europa/14384/book.do>

Manow, Philip 2022: (Ent-)Demokratisierung der Demokratie. Berlin. Suhrkamp.

Martynkewicz, Wolfgang 2022: Das Café der trunkenen Philosophen. Wie Hannah Arendt, Adorno & Co. das Denken revolutionierten. Berlin. Aufbau Verlag.

Mazzucato, Mariana & Collington, Rosie 2023: Die grosse Consulting Show. Wie die Beratungsbranche unsere Unternehmen schwächt, den Staat unterwandert und die Wirtschaft vereinnahmt. Frankfurt/New York. Campus.

Neckel, Sieghard 2021: Der Zerfall von Ordnungen. In: Rainer Forst & Klaus Günther (Hg.): Normative Ordnungen. Suhrkamp. Berlin.

Romahn, Hajo & Rehfeld, Dieter (Hg.) 2015: Lebenslagen – Beiträge zur Gesellschaftspolitik. Marburg. Metropolis.

Rehfeld, Dieter (2015): Die Rolle angewandter Wirtschafts- und Sozialforschung auf dem Weg zu einer neuen Gesellschaftspolitik. In: Romahn, Hajo & Rehfeld, Dieter (Hg.) 2015: Lebenslagen – Beiträge zur Gesellschaftspolitik. Marburg. Metropolis: 541 – 552.

Rosa, Hartmut 2019: Demokratie und Gemeinwohl. Versuch einer resonanztheoretischen Neubestimmung. In: Hanna Ketterer & Karina Becker (Hg.): Was stimmt nicht mit unserer Demokratie? Suhrkamp. Berlin: 160 – 188

Rosa, Hartmut 2022: Demokartei braucht Religion. Kösel. München.

Sander, Wolfgang 2022: Europäische Identität. Die Erneuerung Europas aus dem Geist des Christentums. Evangelische Verlagsanstalt. Leipzig.

Sander, Wolfgang 2023: Nötig wäre eine christliche Renaissance. Auf der Suche nach einer europäischen Identität (<https://zeitzeichen.net> › node)

Staab, Philipp 2022: Anpassung. Leitmotiv der nächsten Gesellschaft. Berlin 2022. Edition suhrkamp.

Task Force FGZ-Datenzentrum 2022: Gefährdeter Zusammenhalt? Polarisierungs- und Spaltungstendenzen in Deutschland. Bremen: SOCIUM, Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt (<https://doi.org/10.26092/elib/1739>).

Terstriep, Judith & Rehfeld, Dieter (Hg.) 2020: The Economics of Social Innovation. Routledge. London & New York.

Walter, Barbara F. 2023: Bürgerkriege. Warum immer mehr Staaten am Abgrund stehen. Hoffmann und Campe. Hamburg.

Weißpflug, Maike 2019: Hannah Arendt. Die Kunst, politisch zu denken. Berlin. Mathes & Seitz.

Anhang: Aktivitäten des Weisser-Instituts seit 2014

	Thema	Referierende	Ort	Kooperationspartner	Kommunikation
Mai 23	Nachhaltige Sozialpolitik für Krise und Transformation	Bartelheimer	IAT	Institut Arbeit und Technik	Präsentation auf der Homepage
Nov 22	Sozialpolitische Perspektiven in Zeiten von Krise und Transformation	Schupp, Blöcker	GSI, BN		Kurzbericht und Präsentationen auf der Homepage
Okt. 22	Haltung reflektieren und zeigen	Petrak, Hastall, Höfs, Penczek	ZfsL DO	Büro für Zukunft	Kurzbericht und Präsentationen auf der Homepage
Nov 21	Expertengespräch Haltung	Petrak, Hastall, Höfs, Penczek	ZfsL Do	Büro für Zukunft	Dokumentation auf der Homepage
Okt 21	Soziale Infrastruktur als gesellschaftspolitisches Konzept	Böhme, Mildenerger, Naegele	GSI BN	Gesellschaft für Strukturpolitik	Dokumentation auf der Homepage
Feb 20	Kinderarmut im Ruhrgebiet	Leßmann, Petrak u.a.	IAT GE	Institut Arbeit und Technik	Berichts des IAT, Zeitungsbericht (WAZ)
Nov 19	Gesellschaftspolitische Konzepte – Orientierungen für die Praxis	Schönig, Leßmann, Hilbert, Gärtner, Henniecke	GSI BN		Dokumentation auf der Homepage
Okt 19	Engagement und Distanz	Round Table Gespräch mit ca. 15 Teilnehmenden	IAT GE		Buchveröffentlichung
Nov 18	Annäherung an eine neue Gesellschaftspolitik	Blöcker, Dankbaar, Vanselow, Lehner, Mangels-Voegt, Wloka	GSI BN		Dokumentation auf der Homepage
Nov 17	Was heißt heute normative Gesellschaftspolitik	Rehfeld (Interner Workshop)			
Okt 2015	Jubiläumsveranstaltung 50 Jahre Weisser Institut	Schmidt, Romahn, Glöckner, Rehfeld, Schönig, Engelen-Kefer, Hilbert	FES BN	Friedrich-Ebert-Stiftung	Buchveröffentlichung
Feb 2014	Soziale Innovationen – Notnagel der Sozialpolitik?	Rehfeld	IAT GE	Institut Arbeit und Technik	